

# Arbeiterstimme

72 Einzelnummer 20 Pfennig

**Eine Tat**  
eine revolutionäre  
Tat ist es, wenn ein  
Arbeiter und morgen  
Abonnement wird

**Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale**  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 21. April 1931 Nummer 69

## Beschlüsse der Bauarbeiter: weiterstreiten!

### Stahlhelm-Streitbrecher erfolgreich abgewehrt!

Die Dresdner Bauarbeiter lehnten in der vom DBB einberufenen Streikerversammlung mit überwältigender Mehrheit den Schlichtungsversuch ab. Am Nachmittag tagte noch eine Belegschaftsversammlung der Bauleute 2000 II im Wehner Hof, die einstimmig beschloß: Der Streik wird fortgesetzt und am 1. Mai mit der KPD demonstriert. Die Kollegen wählten gleichseitig ein Komitee mit dem Namen eine Entscheidung an.

In einem weiteren Antrag fordern die Kollegen für Mittwoch eine allgemeine Streikerversammlung der Dresdner Bauleute, an der alle Bauarbeiter, Zimmerer und auch die Erwerbslosen teilnehmen.

Im Pädagogischen Institut versuchten heute vier Stahlhelmer Streikbrecherarbeit durchzuführen. Sie wurden durch die wachsamsten Streikposten daran gehindert.

Die Bürokratie des DBB, der Schlichter und die bürgerlich-sozialistische Presse haben gemeinsam bis gestern Abend den Schlichtungsversuch geheim gehalten, um die Bauarbeiter zu überzureden. Nur die Arbeiterstimme und KPD bereiteten den schändlichen Versuch gegen die Bauarbeiter. Jetzt muß die bürgerliche Presse selbst melden, der Lohnraub an den Bauarbeitern beträgt für die verschiedenen Ortsteile (mit können die genaue Zahlen erst heute hier bringen):

für Ortsteile 1 um 10,7 Prozent, für Ortsteile 2 um 10,5 Prozent, für Ortsteile 3 um 11,2 Prozent und für Ortsteile 4 um 12,8 Prozent.

Die bisherigen Ortsteile bleiben bestehen. Für die Tiefbauarbeiter soll in späteren Verhandlungen noch der Lohn weiter heraufgehoben werden, wenn es gelingt, den Streik abzumürgen. Die zentrale Streikleitung hat folgenden Ruf an die Bauarbeiter herausgegeben:

### Ruf der zentralen Streikleitung

Bauarbeiter! Bauerei! Zimmerer!

Seit drei Wochen stehen die Bauarbeiter in Sachsen gegen einen unerhörten Lohnraub an. Die Unternehmer forcierten einen Abbau der Bauarbeiterlöhne bis zu 35 Prozent. Die tariflichen Schlichter haben den Unternehmern zum großen Teil Rechnung getragen und durch Schlichtungsprüfung die Löhne von 9,5 und 10,7 bis 12,5 und 13 Prozent geführt. Obwohl diese Lohnraubschlichtungsprüfung von der gesamten Bauarbeiterchaft in Sachsen einstimmig abgelehnt wurden, haben die Bauunternehmer in einer jechen propagandistischen Weise versucht, durch Entschärfung die Bauarbeiter niederzujagen.

Auf diese Provokation der Unternehmer hat die Bauarbeiterchaft unter Führung der KPD mit der Waffe des Streites geantwortet.

Am 1. April sind in Dresden gegen den Willen der veräulerten Gewerkschaftsbürokratie schon 400 Bauarbeiter unter Führung der KPD in den Streik getreten. Jeden Tag erweiterte sich die Streikfront. Eine Bauleite nach der anderen folgte dem Kampfruf der KPD.

Die Gewerkschaftsbürokratie hatte sich schon vom ersten Tage an mit dem Berliner Lohnraubschlichtungsversuch von 9,5-10,5 Prozent einverstanden erklärt. Sie forderte in einer demagogischen Art und Weise die Bauarbeiter auf, den Erwerbslosen der Unternehmer mit 20 Pfennig Lohnabbau zu unterstützen.

wenn sich die Unternehmer bei der Verbindlichkeitsklärung des Prozentigen Lohnraubschlichtungsverfahrens bereit erklären, den zum abgegangenen Lohn wieder zurückzuführen...

Das war ein offenes Vertragsverstoß der sozialistischen Bürokratie und der erste Schritt an den Bauarbeitern.

Erst nach Ostern, nachdem die Verhandlungsbürokratie gesehen hat, daß die Bauarbeiter diesen Beitrag nicht mitmachen und unter Führung der KPD kämpfen, hat sie die Parole des Streites herausgegeben. Aber nicht um den Lohnabbau mit der Waffe des Streites abzumehren, sondern

mit der Waffe, den Streik der Bauarbeiter durch einen schändlichen Verrat abzumürgen.

Die Mitglieder des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes in Dresden haben in zwei Versammlungen einstimmig die Anträge der KPD, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis sich die Unternehmer verpflichten, die vor dem 31. März gezahlten Löhne weiterzuführen, angenommen.

Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau war die Parole aller Bauarbeiter.

Trotz dieses einstimmigen Beschlusses der Dresdner Bauarbeiter hat die sozialistische Bürokratie diese Beschlüsse mißachtet und einem Schlichtungsversuch der Schlichterkammer am Sonntagabend dem 18. April mit 13 Pfennig Lohnabbau die Zustimmung gegeben.

Nach dem Schlichtungsversuch haben sich die Gewerkschaftsführer schon bereit erklärt, ohne Zustimmung der Mitglieder, alle Kampfmaßnahmen einzustellen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Des weiteren trägt der Schlichtungsversuch, daß eine neue Regelung der Spanne zwischen Tiefbauarbeitern, Bauhilfsarbeitern und Zimmererlöhnen in späteren Verhandlungen erfolgen soll. Das bedeutet, daß die endgültige Festlegung der Löhne der Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter noch nicht erfolgt ist und der Lohnraub an den Tiefbauarbeitern und Bauhilfsarbeitern ein viel größerer werden wird.

### Kollegen! Kameraden!

Die Streikerversammlung der Dresdner Bauarbeiter des Baugewerksbundes hat mit überwältigender Mehrheit den Schlichtungsversuch abgelehnt und die Weiterführung des Streikes beschlossen. Wir fordern auf allen Baustellen zu dem Lohnraub und zu dem Verrat der sozialistischen Bürokratie Stellung.

Befiehlt auf allen Baustellen die Weiterführung des Streikes unter Führung der KPD. Nach Schluß mit der veräulerten Gewerkschaftsbürokratie! Stellt auch geschlossen hinter die KPD! Werbet Mitglied der KPD!

Der Kampf der Bauarbeiter ist ein Kampf der gesamten Arbeiterchaft. Gelingt es den Bauunternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie den Bauarbeitern, den Führern der Arbeiterbewegung, einen Lohnabbau von 13 Pfennig die Stunde aufzuzwingen, dann

werden die Unternehmer in den anderen Industriezweigen den Arbeitern die Löhne noch mehr kürzen. Stellt Massenkampfbereitschaft! Unterstützt die Bauarbeiter in ihrem Kampfe! Erwerbslose und Bauarbeiter in eine Front! Weiterführung des Streikes unter Führung der KPD ist die Parole!

Einen kommunistischen Wahlerfolg brachten die Wahlen in Ostpreußen. Die Stimmzahl der Kommunisten liegt von 2193 auf 3707. Die Sozialdemokraten verloren 7612 Stimmen. Die Nationalsozialisten gewannen davon 4208, erzielten jedoch kein Mandat.

### Die UdSSR bringt deutschen Proleten Brot und Arbeit

Genosse Bjalakow im Ruhrgebiet



Die russische Delegation hat sich unter Führung des Genossen Bjalakow (unser Bild) nach dem Ruhrgebiet begeben, um die Aufstellung der Aufträge vorzunehmen.

### Antwort an Brüning, Schleck, Severing:

## Eisenbahner am 1. Mai mit der KPD

und Tabakarbeiterinnen gegen Lohnraub und Notverordnung und in roter Mai-Front

(Arbeiterkorrespondenz 874)

Die am 18. April in Dresden in den Kantarischen Kantarischen Eisenbahnerversammlung erhaltene Briefe gegen die Einseitige Notverordnung. Wir erkennen klar, daß dieselbe nur gegen das revolutionäre Proletariat gerichtet ist. Die Versammlung fordert alle Eisenbahner auf, am 1. Mai gemeinsam mit der KPD und der KPD, den einzig echten proletarischen Organisationen, gegen die weitere Massenverelendung zu demonstrieren. Des weiteren gelobt die Versammlung, alles für die am 8. und 10. Mai stattfindenden Betriebsversammlungen bei der Reichsbahn einzugehen, zu einem gewaltigen revolutionären Sieg.

Die gut besuchte Versammlung, in der der gemäßigtere Betriebsratsvorsitzende beim Ausbestimmungswert Oppeln, Genosse Chwalek, sprach, nahm auch eine kurze Protestaktion gegen die Aufhebung der Notverordnung in Oppeln an und forderte zur Durchführung bei den Betriebsversammlungen zur Wahl der roten Kandidaten an.

Am Sonntagabend fand eine Versammlung von über 100 31-gewerkschaftlichen Eisenbahnerinnen in den Kantarischen Kantarischen Eisenbahner, M. d. E., über den Kampf an der Tabakarbeiterinnenunterstützung und die Kampfmaßnahmen besprochen.

Die Empörung der Tabakarbeiterinnen über die willkürliche Sperrung der Unterstützung ist außerordentlich. Zur Fortsetzung der Arbeiterinnenkommission der KPD stimmten die Arbeiterinnen, die sehr erregt diskutierten, einstimmig einer Resolution zu, die fordert:

Aufhebung der Notverordnung;  
Kampf dem Faschismus; hinaus mit Brüning und Schleck;

Unterstützung aus der Tabakarbeiter für alle in der Tabakarbeiter Beschäftigten;

Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern;

Schließender Kampfruf am 1. Mai mit der KPD und KPD für die 24-Stunden-Blockade und sollen Lohnraubgleich.

Die Arbeiterinnen befanden sich in glänzender Kampfstimmung; es wurden

66 Beschlüsse angenommen, und 17 Arbeiterinnen traten der KPD bei.

Ein Zeichen, daß die Frauenmassen begreifen: nur in einer Kraft organisiert revolutionären Kämpfe kann das Proletariat den Klassenkampf kämpfen.

## Der „Stahlhelm“ darf wieder erscheinen

Wie die SPD-Führer die Notverordnung mildern

Berlin, den 21. April.

Wie die Bundesregierung das Verbot des „Stahlhelms“ aufhebt, das am 3. März letzten Jahres durch den Reichstag beschlossen wurde und seitdem wieder ab 1. Mai!

Diese Meldung wirft ein großes Schlaglicht auf ein neues Mandat der SPD-Führer, die in Frauen, „Schleichen“ über den Rückbruch der Notverordnung“ geführt haben, über die Notverordnung, die ihr eigenes Werk ist. Diese „Schleichen“ stellt ein niederträchtiges Mandat der SPD-Führer dar, um sich ihrer Mitschuld am Diktaturschicksal abzumachen. Göring hat den Hintern verstanden und in einem Runderlass an alle preussischen Behörden vor „Widerruf“ gewarnt. Wenn diese Widerrufung zugestimmt, das zeigt nicht nur die Aufhebung des „Stahlhelm“-Verbotes, sondern auch die Einsetzung der drei hundert Arbeiter durch preussische Behörden. Die Art, wie die SPD-Führer darüber berichtet, ist beispielhaft für die Besorgnis und Unachtsamkeit der Parteipolitik. Die „Wall-Räume“ zeigt es, den ganzen preussischen Volksbericht ohne ein Wort Kommentar abzugeben. Dieser Bericht wird charakterisiert durch folgenden Satz: „In aller Ruhe werden die Beamten die Demonstrationen auf, aus den Angehörigen und den Kampfträgern eine Abordnung zu bilden...“ Die Dresdner

Belegschaft mag es nicht, diesem Bericht offen gegenüberzutreten, sondern erklärt im Kommentar: „Uns scheint, daß die Behörden an diesem traurigen Zusammenstoß die Hauptschuld tragen...“ Über auch diese schändliche Kritik ist nur ein soziales Mandat, denn unter „Behörden“ versteht die Belegschaft, wie aus dem weiteren Teil des Kommentars hervorgeht, die Ortspolizei der betreffenden Orte. In Wahrheit aber hat die von Göring mitgeschickte Notverordnung und der arbeitervindliche Polizeibefehl der Göring-Brüder die meisten Ursachen. Daraus will die SPD-Belegschaft abblenden, und die „Rufe“ soll die Wirkung der SPD-Politik genau so wie die Kritik.

Ungeachtet dieser SPD-Politik ist der jetzt erhaltene unerschütterliche Streikpakt des nationalsozialistischen Kampfes der Arbeiter und Bauarbeiter Kampfes auch die besten Klassenkämpfer zu werden. Die Revolution ist der Klassenkampf des Proletariats der Arbeiter für neue Erwerbungsbedingungen; die SPD liefert die „Argumente“ durch ihre gesamte Belegschaft und Belegschaft der Kommunisten und revolutionären Arbeiter. Dieser Einheitsfront aller revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen ist ein offenes Mandat der revolutionären Arbeiterchaft entgegenzusetzen. Wir glauben nicht daran, daß die Politik der Sozialdemokratie als „Mittel“ erweist als die der revolutionären Arbeiter.